



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/268 - 17.11.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 099890

Fragwürdige Amnestie	S. 1
Erlebnis mit Semjonow	S. 3
Nach der letzten Note der Westmächte	S. 6

Rechtsunsicherheit durch Amnestie

Die Bundesregierung bereitet eine Amnestie vor, die stark umstritten ist. Ihre Problematik liegt vor allem darin, dass sie offenbar darauf ausgeht, eine Anzahl Strafsrechtsverfahren unter den Tisch fallen zu lassen, darunter auch solche, die ihren Ursprung in der Zeit des Wahlkampfes haben und durch die die Koalitionsparteien nachträglich schwer belastet werden würden. Von juristischer Seite geht uns folgende Darstellung zu.

Die Strafrechtspflege ist gegenwärtig in ärgerlichem Umfang lahm gelegt, weil allgemein bekannt geworden ist, dass eine Amnestie bevorstehe. Selbst wenn die Staatsanwaltschaften sich bemühen, die Verbrechensbekämpfung zur Wahrung des Rechtsschutzes für die Staatsbürger aufrechtzuerhalten, gelingt es den "Interessenten" natürlich doch in vielen Fällen, den Gang des Verfahrens auf irgendeine Weise zu hemmen, in der Hoffnung, sich "über die Amnestie zu retten" und sich der gerichtlichen Bestätigung einer begangenen Straftat oder der Verbüßung einer rechtmässig erkannten Strafe entziehen zu können.

Die Länderjustizministerien und das Bundesjustizministerium, die ja die Auswirkungen von Amnestien zu übersehen vermögen sind, wie es gar nicht anders sein kann, gegen diese Amnestie. Die Gewährung einer Amnestie ist keine soziale Tat, sie ist unsozial, denn

um einer Anzahl Rechtsbrechern einen unverdienten Vorteil zukommen zu lassen, wird einer fast ebenso grossen Zahl von loyalen Staatsbürgern der ihnen zustehende, ihnen vom Staat versprochene und geschuldete Rechtsschutz in illoyaler Weise entzogen.

Jede Amnestie bedeutet ein Abweichen von den Grundlagen des Rechts und des Rechtsstaates: der Gleichheit vor dem Gesetz, dem Legitimitätsprinzip, dass jede Straftat verfolgt wird, ohne dass Ausnahmen gemacht werden, und des Schutzes der Rechtsordnung überhaupt. Es gibt aber Verhältnisse, in denen eine Amnestie aus dem höheren Gesichtspunkt wahrer Gerechtigkeit notwendig und damit gerechtfertigt ist: nach Krieg, Inflation, Not- und Mangelwirtschaft mit ihren Sondertatbeständen, die ihre innere Berechtigung durch die völlige Umwälzung der Verhältnisse zum Normalen hin verloren haben, ist der "Strich drunter" notwendig und berechtigt; er wird dann auch von dem Rechtsempfinden des Volkes verstanden und anerkannt.

Wenn solche Gründe nicht vorliegen, ist die Amnestie ein Willkürakt des Gesetzgebers, der die Gerechtigkeit zerstört und das Rechtsgefühl schwächt, sowie die Achtung vor dem Recht untergräbt. Willkürlich wird einer willkürlich herausgegriffenen Gruppe von Rechtsbrechenden die von ihnen geschuldete Sühne geschenkt. Willkürlich wird -das ist das notwendige, oft übersehene Gegenstück dazu- einer willkürlich herausgegriffenen Gruppe von Staatsbürgern der ihnen geschuldete Rechtsschutz versagt!

Es handelt sich dabei um einen in die Form des formellen Gesetzes gekleideten Eingriff des Gesetzgebers in der Rechtsprechung, der umso schlimmer ist, als er eine Rechtsbeugung enthält. Es ist Aufgabe der Legislative, durch allgemeine Normen das staatliche Leben zu regeln und zu ordnen; aber es geht gegen die Grundsätze der Verfassung und ist der Legislative verwehrt, aus der von ihr geregelten Ordnung willkürlich einen Fall oder auch eine Gruppe von Fällen herauszunehmen und entgegen dem allgemeinen Gesetz zu behandeln.

Ein ohne eine besondere Rechtfertigung ergehendes Amnestiegesetz verstösst gegen die Gleichheit vor dem Gesetz, über die nach Artikel 3 des Grundgesetzes auch der Gesetzgeber nicht sich hinwegsetzen darf. Es besteht kein Zweifel, dass der Bundesverfassungsgerichtshof, wenn ihm diese Frage gemäss Artikel 100 des Grundgesetzes vorgelegt würde, ein solches Amnestiegesetz für verfassungswidrig und daher für ungültig

erklärt würde. Für die jetzt angeblich beabsichtigte Amnestie liegt, soweit ersichtlich, kein sie rechtfertigender Grund vor. Soll etwa jede neue Wahl des Bundestages Anlass zu einer solchen Erschütterung des Gefüges unserer Rechtsordnung geben? Soll jede im Wahlkampf erfolgreiche Parteiengruppe ihren Sieg durch einen -allerdings nichts "kostenden"- Eingriff in die Rechtsordnung feiern dürfen? Für die Amnestie nach der ersten Bundestagswahl lag eine hinreichende Begründung vor. Wenn der zweite Bundestag ohne rechtfertigende Tatsachen eine Amnestie erlässt, wird der dritte Bundestag dasselbe tun, und das Gefühl für Recht und Rechtssicherheit, eine der wesentlichen Grundlagen der Demokratie, wird in nicht wieder gutzumachender Weise erschüttert.

+ + +

Seit einiger Zeit geht in die Sowjetzone in regelmäßigen Abständen und hoher Auflage eine Zeitung in Kleinformat "Sozialdemokrat" mit dem Untertitel "Für das Volk - und gegen seine Unterdrücker". Herausgeber ist das Ostbüro der SED. Wir veröffentlichten aus einer der letzten Nummern einen sarkastischen Bericht über einen "Arbeiter"-Empfang beim sowjetischen Hohen Kommissar Semjonow.

Semjonows Kater und die schwankenden Massen

Eines Tages verspürte der sowjetische Hochkommissar und Botschafter bei der Regierung der DDR, unser lieber Freund Semjonow, eine heisse Sehnsucht nach deutschen Arbeitern. Zwar hatte er diese erst am 17. Juni erlebt, aber der ihm von Moskau erteilte Parteauftrag gestattete es nicht, die Hunderttausende demonstrierender Arbeiter anders denn als Agenten und Verführte zu betrachten.

Woher aber "fortschrittlich" gesinnte Arbeiter nehmen, wenn selbst die SED-Parteiversammlungen nur noch einen Besuch von vier Prozent des Mitgliederbestandes aufweisen? Nun - Freund Grozewohl wusste Rat. Wenn sich Freund Semjonow mal mit deutschen Arbeitern unterhalten wolle, brauche man doch nur die Parteisekretäre der grössten Ostberliner Betriebe einzuladen!

Gesagt - getan! Und am Nachmittag des 25. September 1953 meldete Freund Semjonow bei seinem täglichen Routine-Ferngespräch mit Moskau: "Heute abend kommen 100 Berliner Arbeiter zu mir in die Botschaft!"

Lachs, Kaviar und ein kleiner Strom Wodka

Als dann am Abend desselben Tages gegen 19,30 Uhr die Arbeiter zum Empfang anrollten, war es keine Kleinigkeit, genügend Parkplätze für die Autos der Arbeiter zu beschaffen. 87 Wagen waren es insgesamt, woraus ersichtlich ist, dass der Lebensstandard der Arbeiter in der DDR höher ist als in den USA, wo auf 100 Arbeiter nur 86 Autos entfallen !

Zu den Arbeitern, die sich an den "rohen Holztischen" im Speisesaal der Sowjetbotschaft zwecks Einverleibung eines schlichten Mahles niederliessen, gehörten u.a. Otto Grotewohl und Friedrich Ebert. An weiteren Arbeitern sah man die Angehörigen der SED-Bezirksleitung, die Freunde Bruno Baum und Alfred Neumann. Zwischen ihnen 14 Angestellte der Botschaft und die führenden SED-Funktionäre der Grossbetriebe.

Zunächst wurde nicht diskutiert, sondern gegessen. Alles betont schlecht und einfach - nur fünf Hauptgänge und sieben Zwischengänge (Lachs, Kaviar, russische Schinkenrollen mit Mayonnaise, Kalbshirn in Muscheln überbacken, kaltes Rebhuhn und andere Kleinigkeiten). Zwecks Einleitung der Verdauungstätigkeit erfolgte sodann in einem Nebensaal die Vorführung zweier neuer sowjetischer Farbfilme. Die 14 Angestellten der Botschaft waren allerdings so verteilt, dass nicht einmal die in der Mitte sitzenden Gäste schlafen konnten.

Solchermassen gekräftigt, hob Freund Semjonow nach Beendigung des zweiten Filmes an zu sprechen, indem er seine Gäste aufforderte, wieder in den Speisesaal zu gehen. Dort hatten inzwischen dickbauchige Wodkaflaschen und Kristallgläser im Zahnputzglasformat Aufstellung gefunden. Die Arbeiter glaubten daraufhin, jetzt würde ein fortschrittliches Säufereien beginnen. Aber der Hausherr, dieser immer wieder neue Spielarten ausdinkende Spassvogel, hielt nunmehr erst eine längere Rede. "Ich habe Sie" so sagte er, "zu mir geladen, weil ich Sie als die berufenen Vertreter der Werktätigen Berlins näher kennenlernen möchte." "Ausserdem" so fuhr er fort, "müssen wir ganz bestimmte Schlussfolgerungen aus den Ereignissen des 17. Juni ziehen. Nicht die Rädelsführer, sondern die schwankenden Massen sind die Hauptgefahr. Aus dieser Lage kommen wir nur durch ideologische Stärke hinaus. Es ist zur Zeit in der DDR so, als ob eine Riesenschar von gefährlichen Wühlmäusen am Werke ist. Denken wir aber an den Kater, der diese Mäuse allein schon durch seine Anwesenheit vertreibt. Lassen Sie uns gemeinsam dieser Kater sein !"

Die Stalin-Allee und die Parkbank

Gehorsam klatschten die zu Katern avancierten Gäste dieser Kater-idee Beifall. Ausserdem hofften sie, nun endlich die Zahnputzgläser ihrer Bestimmung zuführen zu dürfen. Aber noch immer war es nicht soweit, denn noch hatte der Hausherr sein ideologisches Soll nicht erfüllt. So verkündete er jetzt: "Es ist traurig, wenn ich sehe, wie gerade hier in Ostberlin die kleinen Dinge vor den grossen vernachlässigt werden. Wir bauen eine Stalin-Allee, aber wir haben nicht einmal eine Bank in der Umgebung des Müggelseeturms. Ich ging kürzlich dort draussen spazieren. In der herrlichen Gegend konnte man sich nirgend auf eine Bank setzen, weil es einfach keine gab, sondern nur graue Betonklötze. Die Leute, die ich fragte, sagten mir: "Wir haben kein Holz!" Wenn man eine Stalin-Allee baut, muss man auch Holz für eine Parkbank haben, sonst haben die Leute leicht reden von Prunkstrassen und Fassaden." Sodann ging Freund Semjonow so weit, zu erklären, in Westberlin sähen die Strassen viel sauberer aus. Der Schmutz in den Strassen des Ostsektors lasse bei Besuchern aus Westberlin leicht den Eindruck entstehen, in der DDR herrsche wirtschaftliche Trostlosigkeit! Als aber der Gastgeber seine Ausführungen mit den Worten beendete: "Nicht liquidieren, sondern überzeugen!", atmeten viele wieder sichtlich auf. Und Grotewohl, tief gerührt ob so viel Glück, sah jetzt den Augenblick für gekommen, wo er wieder mal in Selbstkritik machen musste.

Doch auch hier wurde das sonst übliche Programm nicht eingehalten. Als Grotewohl nämlich die Fehler der Partei zu offen zugab, befürchtete Freund Semjonow einen ideologischen Kurzschluss bei den Zuhörern, klopfte deshalb dem Redner auf die Schulter und rief seinen Gästen zu: "Nicht so - ihr müsst stets daran denken, dass die Kapitalisten noch viel mehr und grössere Fehler gemacht haben. Man darf sich niemals von seinen eigenen Fehlern totschiagen lassen!"

Für diese freundlichen Worte wären die Anwesenden dem Hausherrn am liebsten um den Hals gefallen. Da aber kam gerade das Signal zum ersten Trinkspruch, und nun mussten die Häuse der Wodkapullen dran glauben, Erhebend, wie die Gäste die Kübelchen leerten. Zum Wohle Malenkows, zum Wohle der Sowjetunion, zum Wohle Wilhelm Piecks, zum Wohle der Sowjetarmee, zum Wohle der DDR, zum Wohle der deutsch-sowjetischen Freundschaft, zum Wohle der KPdSU, zum Wohle der SED...

+ + +

Gewöhnung an das Widernatürliche

op So schnell ist noch keine Antwort auf eine Note der Gegenseite erfolgt, wie diesmal die der Westmächte. Das liegt wohl vor allem daran, dass sich beide Seiten nichts wesentlich Neues mehr zu sagen haben und die Standpunkte fixiert sind.

Das Beste, das man über die letzte Note der Westmächte feststellen kann, ist, um bei einer bekannten Wendung zu bleiben, dass die Tür nicht endgültig zugeschlagen wurde. Davor hüten sich beide Seiten, weil damit das Gelingen der Schuldübernahme am Scheitern der Verhandlungen verbunden wäre. Auch die vorangegangene Erläuterung der letzten Sowjetnote durch Molotow hat offensichtlich auf Ton und Inhalt der westlichen Antwort keinen Einfluss gehabt. Das ist nicht verwunderlich, weil der russische Außenminister der amtlichen Meinung seiner Regierung, wie sie in der Note zum Ausdruck kam, keine neuen Gesichtspunkte hinzuzufügen wusste.

Die Wendung von der Tür, die gerade noch offen blieb, ist im Verlaufe dieses mühsamen Noten-Gesprächs schon oft gebraucht worden. Diesmal aber handelt es sich um einen tieferen Einschnitt als in jeder vorangegangenen Phase, um eine sehr ernste Krise in den Bemühungen um einen friedlichen Ausgleich zwischen Westen und Osten. Ginge es nach der Anzahl von Lippenbekanntnissen, die West und Ost für die deutsche Einheit abgelegt haben, brauchte man sich um sie nicht zu sorgen. Leider bestand und besteht hinreichend Anlass, die ganze, unbedingte Ernsthaftigkeit solcher Beteuerungen zu bezweifeln. Für die in einer spannungsgeladenen und von Unsicherheit erfüllten Situation Verwickelten besteht immer eine grosse Versuchung, im Grunde nichts zu unternehmen, um nicht aus den Spannungen Explosionen werden zu lassen, aber auch, weil man sich inzwischen an Gegebenheiten und Vorstellungen gewöhnt hat, auch wenn sie noch so widersinnig sind.

Für den unmittelbar Betroffenen, und das ist ganz Deutschland, sehen die Dinge freilich anders aus. Aus dieser Sicht erscheint es z.B. nicht ganz verständlich, warum die USA mit solcher Beharrlichkeit, wie es seit Jahren geschieht, jede Anerkennung Rot-Chinas abgelehnt haben, obwohl doch ein Zustand geschaffen worden ist, der jeden Zweifel an der Herrschaft Mao tse Tung ausschliesst, und obwohl für absehbare

Zeit gar keine Aussicht auf Änderung dieses Zustandes besteht. Die Engländer haben schon vor Jahren dieser Tatsache Rechnung getragen, indem sie diplomatische Beziehungen zu Peking aufnahmen. Eines Tages werden sich auch die Amerikaner zu einer Überprüfung ihrer Haltung in dieser Frage entschliessen müssen.

Man weiss nicht, wie lange dieser unfruchtbare Notenaustausch fortgesetzt oder ob es zu einer Verschärfung des Kalten Krieges kommen wird. Schon sind jedenfalls auf beiden Seiten verstärkte Anzeichen für das Bestreben zu erkennen, die eigene Position in dem betreffenden Teil Deutschlands zu untermauern: die Sowjets haben in ihrer Zone die Zügel wieder fester angezogen, im Westen werden die Anstrengungen verdoppelt, die Bundesrepublik unlösbar in das westliche Verteidigungssystem einzubeziehen. Und das Erschreckende: Westen und Osten scheinen sich mit dieser Entwicklung abzufinden. Nur so ist das Wort von Walter Lippmann zu verstehen, die deutsche Einheit sei auf Eis gelegt worden.

Manche Politiker gehen noch weiter, indem sie sich dem Wahn hingeben, es wäre möglich, auf der Grundlage eines gespaltenen Deutschlands ein internationales Sicherheitssystem zu schaffen. Sie übersehen dabei, dass in dem Streben des ganzen deutschen Volkes nach Einheit in Frieden und Freiheit eine dynamische Kraft steckt, die eines Tages stärker sein wird als alles Trennende. Ein gespaltenes Deutschland aber kann niemals Bestandteil eines dauerhaften Sicherheitssystems sein.